



## **Warum arbeiten Kommunen im interreligiösen Dialog?**

Beide Referent\_Innen berichten, dass das Thema „Religion“ in den letzten Jahren mehr und mehr Raum in ihrer Arbeit eingenommen hat, was zu unterschiedlichen Reaktionen von außen und zu der übergeordneten Frage führte:

**Warum muss sich eine Kommune/ ein Bürgermeister mit Religion und Dialog zwischen den Religionen beschäftigen?**

Die Kommunen, bzw. die Vertreter\_Innen der Kommunen, verstehen das Grundgesetz als Grundlage ihrer Arbeit. Die darin festgeschriebenen Grundrechte, inklusive des Rechts auf Religionsfreiheit, gebieten es, allen Mitgliedern der Gesellschaft den Zugang und die Teilhabe an den verschiedenen Bereichen, Ressourcen und Dienstleistungsangeboten der Kommune gleichermaßen zu ermöglichen.

Dies begründet ein Spannungsfeld, das sich beispielhaft an (aktuellen) Themen, wie der Bestattung, der Seelsorgetätigkeit z.B. in Gefängnissen oder Krankenhäusern oder dem Bau von Moscheen/ Tempeln/ Gebetshäusern verdeutlichen lässt. In diesen Bereichen bestehen aufgrund der Gesetzeslage und der historisch gewachsenen Rolle der christlichen Kirchen noch einige Diskrepanzen und Machtungleichheiten, die es zum Gelingen von kommunaler Integrationsarbeit auszutarieren und zu überwinden bedarf.

Eine Aufgabe, die sich daraus für die Kommunen ergibt, ist es die Mitglieder der verschiedenen Glaubensgemeinschaften miteinander in Dialog zu bringen.

Im Vordergrund stehen dabei zentrale Themen des Zusammenlebens – wie die oben genannten Beispiele –, die zusammen mit Vertreter\_Innen der Kommune bzw. der kommunalen Politik diskutiert werden, um gemeinsam Lösungen zu finden. Beispiele für derartige Projekte aus München sind u.a. die im Jahr 2007 durchgeführte Veranstaltungsreihe **Monate des religiösen Dialogs** mit christlichen, jüdischen und muslimischen Gemeinden. Die Initiatorin, **Dr. Margarete Spohn, sah ihre Aufgabe vorrangig darin, „Raum für gemeinsame Aktionen zu schaffen“**. Der Erfolg dieser Veranstaltung zeigt sich sowohl in nachhaltigen Netzwerken der beteiligten Gruppen als auch in einer andauernden Zusammenarbeit zwischen Kommune und Gemeinden. Entscheidend jedoch ist das wachsende Vertrauensverhältnis zwischen Vertreter\_Innen der verschiedenen Glaubensgemeinschaften und Mitarbeiter\_Innen der Kommune.

Den Vertreter\_Innen der Glaubensgemeinschaften kommt die Rolle von **Schlüsselpersonen** zu. In sie haben Mitglieder bzw. Gläubige der jeweiligen Gemeinde großes Vertrauen, v.a. wenn sie Migrationshintergrund haben, sich fremd und unverstanden fühlen. Halt bietet in solchen Fällen häufig der eigene Glaube aber auch die Sicherheit der Unterstützung und Ratschläge in allen Lebenslagen von Vorständen, VertreterInnen und geistigen Vorsteher\_Innen, wie Imamen, Hodschas, Rabbiner\_Innen, PriesterInnen, Lamas etc. Dabei geht es um vielfältige Fragen wie Wohngeld, Arbeitslosigkeit, Schwierigkeiten der Kinder in der Schule, Ausbildungsplatz, Krankheit

oder den Aufenthalt im Land. Probleme und Fragen, für die verschiedene kommunale Dienstleistungsanbieter, wie etwa das Arbeitsamt, Jugendamt, Wohnamt, Kreisverwaltungsreferat, etc. zuständig sind. Die Schlüsselpersonen werden so zu Brückenbauer\_Innen, da sie den Zugang zu gesellschaftlichen Gruppen ermöglichen, welche die Dienstleistungsangebote der Kommune nicht immer wahrnehmen – aus Unwissenheit oder aus Vorbehalten und Ängsten heraus. Personenkreise, die von den kommunalen Vertreter\_Innen, den DienstleistungsanbieterInnen, zwar nur sehr schwer erreicht werden können, aber dennoch mit einbezogen werden müssen. **Denn gelingende Integration heißt „alle Mitglieder der Gesellschaft, der Kommune, gestalten das gemeinsame Zusammenleben mit, nehmen teil daran und haben Zugang zu allen Ressourcen“** (Margarete Spohn). Die Rolle der Schlüsselpersonen darf in diesem Zusammenhang also nicht unterschätzt werden.

Ein Beispiel aus München, das genau an dieser Schlüsselfunktion ansetzt ist das 2008/09 durchgeführte Projekt **MünchenKompetenz – Fortbildung für Imame und muslimische Seelsorger/Innen**. Hierbei handelte es sich nicht um eine religiöse Ausbildung, sondern um die Vermittlung von sozialpolitisch relevanten Hintergrundinformationen zu politischen Strukturen und dem deutschen Rechtssystem sowie zu den speziellen Dienstleistungsangeboten der Stadt München und in der Landeshauptstadt. Zentraler Aspekt des Projekts war, die Imame und

Seelsorger\_Innen als Schlüsselpersonen des Integrationsprozesses wahrzunehmen und ihre seelsorgerische Aufgabe, ihre Beratungs- und Vermittlertätigkeiten in den Mittelpunkt zu stellen. Sie einerseits mit Informationen zu den verschiedenen Angeboten zu versorgen und sie andererseits mit Mitarbeitenden aus verschiedenen Referaten sowie freien Organisationen zusammenzubringen. Gemeinsam wurde an Fallbeispielen gearbeitet und überlegt, welche Angebote noch nötig wären und wie bestehende Angebote überarbeitet oder ausgeweitet werden könnten, um mehr auf die Bedarfe einzugehen und wie die Mitglieder aus den muslimischen Gemeinden besser erreicht werden könnten.

### **Warum engagiert sich ein Bürgermeister im interreligiösen Dialog?**

Aus Sicht eines Bürgermeisters kommen noch zusätzliche Dimensionen hinzu. Das Selbstverständnis eines Bürgermeisters sollte sein: Ich bin Bürgermeister für alle Bürger. Penzberg etwa ist eine Bergwerkstadt in der es schon lange Arbeitsmigration gibt. Bereits 1919 lebten 30 % Ausländer\_Innen in der Kommune, heute sind es Menschen aus 74 verschiedenen Nationen bzw. Herkunftsländern. Die Aufgabe des Bürgermeisters ist es, diese Kommune zusammenhalten. Dabei spielt Religion eine große Rolle, denn das, was die Menschen bestimmt und leitet ist ihr Verständnis von der Welt. Daraus ergeben sich ihre Werte(-haltungen) und Überzeugungen, danach richtet sich die Kindererziehung. Alle Religionen, Glaubensrichtungen und Weltanschauungen spielen daher

eine Rolle. Sie alle – Christen, Muslime, Atheisten, Adventisten, Buddhisten, etc. – sollen teilhaben können, auf der Basis gemeinsamer Anerkennung der Grundrechte.

Neben der Einbeziehung und Beteiligung aller Einwohner\_Innen, ist es auch Aufgabe einer Bürgermeisterin oder eines Bürgermeisters Mitbürger\_Innen mit Migrationshintergrund vor Angriffen zu schützen. Der Schutz für jeden Bürger und jede Bürgerin muss gewährleistet werden. *„Ich will der sein, der jeden Bürger schützt.“* (H. Mummert). Dabei ist es wichtig, dass der Bürgermeister selbst, als Person und in seiner Funktion, den Prozess der Integration sichtbar unterstützt und vorantreibt; und auch die Integration der verschiedenen Religions- und Glaubensgemeinschaften mitträgt. Dies drückt sich in der Normalität des alltäglichen Umgangs miteinander aus, wie beim Besuch der Gemeinden, Anwesenheit bei wichtigen Festen und Feierlichkeiten, Gespräche speziell mit den Frauen der Gemeinden sowie den Honoratioren, (öffentliches) Honorieren des (ehrenamtlichen) Engagements und der religiösen Gemeindearbeit etc. Ein Bürgermeister muss Vorbild sein und der Dialog zwischen den Religionen sollte Teil des eigenen Wahlprogramms werden.

### **Konkrete Beispiele der Zusammenarbeit zwischen Kommune und Religionsgemeinschaften in München**

In München ist das Thema Querschnittsaufgabe und die Zusammenarbeit zwischen der Stadt München und dem Muslimrat München hat, neben den oben

genannten, zu weiteren Projekten geführt:

So wird **Muslimischer Religionsunterricht** derzeit an zwei Münchner Schulen in einer Pilotphase durchgeführt. Der Lehrplan dazu wurde in Zusammenarbeit von Kultusministerium und der islamischen Religionsgemeinschaft Erlagen (IRE) sowie der Uni Erlangen erarbeitet.

Eine weitere Überlegung des Muslimrats in Kooperation mit der Stelle für Interkulturelle Arbeit und der Münchner Friedhofsverwaltung ist eine Webseite mit Informationen **zum Thema „Bestattungen“** auf der Homepage der Münchner Friedhofsverwaltung zu platzieren: Was mache ich wenn jemand stirbt? Wo kann ich mich als Muslim/ Muslima in München hinwenden? Wo werden rituelle Bestattungen vorgenommen? Kann ich einen Muslim/ eine Muslima in München nach muslimischer Vorschrift bestatten und wo?

Ferner hat die Stadt München den **Runden Tisch der Muslime** initiiert und etabliert, an dem Vertreter\_Innen verschiedener muslimischer Vereine, Vertreter\_Innen der Stadt sowie der Bürgermeister sitzen. Themen hier sind nicht (nur) Religion, sondern vor allem zivilgesellschaftliche Themen, wie die Zusammenarbeit mit der Polizei bzw. Sensibilisierung der Polizei, Hilfe in Notlagen, Gefängnisseelsorge für Muslime, das Curriculum der Fortbildung **MünchenKompetenz**, Moscheebauten, muslimische Bestattungen im Rahmen der städtischen Friedhofsordnung, etc.

Der **Runde Tisch der Muslime** wurde deshalb eingerichtet, weil Muslime

mit „Ausländerstatus“ kein Antragsrecht im Bezirksausschuss haben, in dem normalerweise solche Themen diskutiert werden. Jetzt können die Themen des Runden Tisches durch den Bürgermeister in den Bezirksausschuss mit hineingetragen werden.

### **Erfahrungen mit dem Moscheebau aus Penzberg**

Herr Mummert berichtet von seinen Erfahrungen mit dem Moscheebau in Penzberg. Oberstes Gebot für ihn ist und war, die Bürger\_Innen mit all ihren Ängsten und Vorbehalten wahrzunehmen und ernst zu nehmen. Sie sollten auf den Weg der Entscheidung mitgenommen und einbezogen werden. Er räumt gleichzeitig aber auch ein, dass dies durch die kleine Kommune leichter sei als vielleicht in anderen größeren **Kommunen und Städten „Wir sind etwas näher beieinander da.“**

Aktionen der muslimischen Gemeinde Penzberg wurden vom Bürgermeisteramt und allen politischen Gruppierungen unterstützt. Als eine Demonstration am Rathausplatz gegen den Anschlag vom 11. September 2001 stattfand, waren auch muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger dabei. In den Schulen am Ort wurden **Workshops zu „Toleranz“** durchgeführt und das Thema **„interreligiöses Miteinander in unserer Stadt“** mit den Schüler\_Innen bearbeitet. Es gab eine Reise nach Sarajewo und Bosnien – Herzegowina organisiert von der muslimischen Gemeinde, um ein Beispiel für eine multireligiöse Stadt(-gemeinschaft) erfahrbar zu machen. An dieser Reise haben u.a. der Bürgermeister und Vertreter\_Innen der katholischen

Kirchengemeinde von Penzberg teilgenommen.

Der Moscheebau bzw. das architektonische Konzept wurde mit den Bürger\_Innen diskutiert. Der Augsburger Architekt, welcher für die Planung der Moschee beauftragt wurde, hat dabei einen sehr sensiblen Umgang mit den Begebenheiten und Bedürfnissen aller Bürger\_Innen sowie den Muslimen in Penzberg gefunden. Die Bürgerinnen und Bürger von Penzberg empfinden die Moschee als eine architektonische Bereicherung, die Land auf, Land ab in der Presse und im Fernsehen positive Erwähnung findet. Die Offenheit der Gemeinde spiegelt sich im Bau des Gotteshauses wieder, das durch viel Glas schon vom Gehsteig aus Einblick in den Gebetsraum, die Bibliothek, die Gemeinderäume gewährt.

Die Finanzierung der Moschee wurde überwiegend durch Unterstützung eines Scheichs aus den Arabischen Emiraten gesichert: *„Ich wollte auch wissen, was steckt denn dahinter und habe auch eine Anfrage bei der Polizei und beim Verfassungsschutz gestellt um unsere Bürger und Bürgerinnen sowohl auch die Mitglieder der Islamischen Gemeinde zu schützen. Dies habe ich auch der muslimischen Gemeinde gegenüber ganz offen gesagt. Es war von Anfang an ein mit Offenheit begleitetes Projekt, getragen von allen politischen Gruppierungen des Stadtrates.“* (Bürgermeister Mummert)

Nach dem offiziellen Okay, wurde alles in die Wege geleitet, die muslimische Gemeinde selbst hat sehr gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet und die Bürgerinnen und

Bürger von Penzberg einbezogen.

*„Die Eröffnung der Moschee mit Scheichbesuch war ein großes Ereignis.“ (Bürgermeister Mummert)*

### **Weitere Beispiele für gelingende und gelungene Integration**

Einer der Teilnehmer des Workshops bringt ein Beispiel aus Burghausen. Dort habe die muslimische Gemeinde eine Disco aufgekauft. Die Gemeinde habe diesen Kauf mit einer bestimmten Summe unterstützt, was zwar eher ein symbolischer Betrag war, aber bei den Muslimen vor Ort als positives und entscheidendes Signal wahrgenommen wurde: Unterstützung von Seiten der Kommune. Außerdem berichtet dieser Teilnehmer noch von zwei Beispielen aus seiner Gemeinde, die er als gelungene Integration ansieht:

*„Ein Mitarbeiter von der Caritas hat eine türkische Mutter vor dem Kindergarten angesprochen und gefragt, ob es ihr was ausmache, wenn ihr Kind am Morgen sich mit den andern Kindern zum Morgengebet erhebe. Die Antwort der Mutter war: ‚Schauen Sie, wir beten so oft am Tag. Da kommt's auf einmal mehr oder weniger auch nicht an.‘“*

*„Eine türkische Frau schickt ihr Kind in den Kindergarten im Nachbarort. Auf die Frage, ob sie mit dem hiesigen Kindergarten nicht zufrieden sei, sagt sie, nein, aber im Nachbarort sei ihr Kind im Kindergarten der einzige Türke und so könne es schneller Deutsch lernen, als wenn er im Kindergarten mit lauter türkischen Kindern zusammen spielt.“*

Hans Mummert unterstützt diese

Beispiele, in dem er darauf aufmerksam macht, dass er in seiner Gemeinde auch auf die Verteilung von Sozialwohnungen Einfluss nimmt und eine Häufung von ausländischen Familien nicht zulasse, sondern auf die „Durchmischung“ der Wohnblocks und Wohnviertel Wert lege. Er sehe auch die Kindergärten nach ihrer Vielfalt durch. So etwas sei besonders in kleineren Kommunen möglich, weniger in den großen, aber diesen Vorteil sollten die kleineren Kommunen auch nutzen.

### **Abschluss**

Abschließend wird in der Diskussion deutlich, dass es sehr wichtig ist gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Dies könne durch gemeinsame kleinere, niederschwellige Aktionen entstehen. Entscheidend sei auch, dass man Geduld benötigt, da gemeinsame Strukturen wachsen müssen. Wenn das nötige Vertrauen da ist, Misstrauen abgebaut wurde und man auch auf Menschen anderer Religionen und Glaubensrichtungen zugeht, setzt das Zeichen von Anerkennung und Respekt. Gerade Vertreter\_Innen von Kommunen sowie Kommunalpolitiker\_Innen in ihrer Vorbildfunktion müssen sich dessen bewusst sein und dementsprechend handeln.